

vom ersten Tage an, da die Idee des Kommunismus die Massen ergriff, der Antikommunismus erhalten.

Mit antikommunistischen und antisowjetischen Parolen wird versucht, die Rolle der Sowjetunion als Inspirator und Hauptkraft der Friedensoffensive des Sozialismus zu entstellen. Die Völker in den imperialistischen Ländern sollen daran gehindert werden zu begreifen, daß Existenz, Stärke und Politik der Sowjetunion ein Glück für sie ist; daß objektiv eine Interessenidentität zwischen der von der Sowjetunion vertretenen Sache des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts und den Leben sinteressen aller friedliebenden Völker besteht.

Doch es erweist sich von Tag zu Tag mehr: Die Wahrheit über den Sozialismus/Kommunismus und die weltgeschichtliche Bedeutung der Sowjetunion können die Meinungsmanipulierer in den kapitalistischen

Ländern zwar noch verzerren, aber längst nicht mehr totschweigen. Es sind gerade der Prozeß der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz und die Entspannung, die günstigere Bedingungen schaffen, den Antikommunismus in den kapitalistischen Ländern zurückzudrängen und abzubauen. Für die Verbreitung der Wahrheit und für die Information der werktätigen Massen über den realen Sozialismus, über das Leben der von Ausbeutung befreiten Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern entstehen bessere Möglichkeiten als in den Zeiten des „kalten Krieges“.

Die Erfolge der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion als Kernland bei der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Entspannung verstärken zunehmend bei den friedliebenden Menschen in der Welt die Einsicht, daß Sozialismus Frieden braucht, erhält und bringt.

Konflikte sollen verkleistert werden

Die Großbourgeoisie sieht daraus „Gefahren“⁴⁴ für die „innere Sicherheit“⁴⁴ erwachsen. Deshalb gehört zum Antikommunismus zugleich das Bestreben, das eigene System über den grünen Klee zu loben und die „freiheitliche Ordnung“ in den Ländern des Kapitals zu betonen.

Schon die Umschreibung der kapitalistischen Ausbeuterordnung als „freiheitliche Ordnung“ spricht Bände. Die öffentliche Meinung soll im Interesse des Monopolkapitals beeinflusst, manipuliert werden.

Der bürgerliche BRD-Journalist Erich Kuby stellte fest: „Gut 80 Prozent von dem, was in der Presse als Redaktionsteil und im Fernsehen als Programm bezeichnet wird, dienen

dazu, das Publikum gegen die Wirklichkeit abzuschirmen, Ruhe zu verbreiten, Konflikte zu verkleistern, den Bewußtseinsstand niedrig zu halten.“

Ganz in diesem Sinne heißt es in BRD-Rundfunk- und Fernsehsendungen, in Zeitungs- und Zeitschriften art i kein, der Kapitalismus verändere sich, er sei reformierbar, er sei schon nicht mehr Kapitalismus. Und man kritisiert manche die Menschen bedrückende Mißstände, um den Anschein hervorzurufen, als würden die Grundinteressen der Werktätigen berücksichtigt. Dabei ist auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende H. Schmidt mit von der Partie, der im April 1973 vom „Glauben an die Reformierbarkeit von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat“ sprach.

Die Wegstrecke zu hier nebelhaft angedeuteten Reformen in der BRD ist allerdings mit ganz anderen Tatsachen gepflastert. Typisch für den Kapitalismus ist beispielsweise die enorme Kapitalkonzentration. In der BRD gab es 1968 insgesamt 65 Fusionen, 1972 dagegen 269. Bereits im ersten Halbjahr 1973 wurden 159 verzeichnet. Etwa jede dritte von ihnen war eine Großfusion, das heißt die Zusammenlegung von Großunternehmen zu ausgesprochenen Konzerngiganten.

Eine andere Erscheinung ist das weitere Wachstum der Profitmasse des BRD-Großkapitals. 1968 hatten die 100 größten Aktiengesellschaften im Rahmen ihrer „freiheitlichen Ordnung“ rund 31 Milliarden DM Nettoprofit gemacht, 1971 mehr als 41 Milliarden DM. Während die einen Milliarden in die Tasche stecken, müssen die anderen allein durch die ständigen Preissteigerungen täglich tiefer in die Tasche greifen.

Angesichts wachsender Empörung über diese schreiende Ungerechtigkeit der kapitalistischen Ausbeuterordnung tritt der umfangreiche Manipulationsapparat in Aktion und verspricht eine „Humanisierung der Arbeitswelt“. Doch auch diese These bedeutet ein aufschlußreiches Eingeständnis. Die Verteidiger des Kapitalismus geben damit selbst zu, daß es ah um an in der imperialistischen „Arbeitswelt“, im kapitalistischen Produktionsprozeß vor sich geht. Und in der Tat: Angesichts der steigenden Profite wird die Ausbeutung des arbeitenden Menschen täglich offensichtlicher.

Die Wirkungen einer äußerst raffiniert vorgehenden Manipulation, die unaufhörlich Reformillusionen über einen sieb angeblich wandelnden Kapitalismus verbreitet und des-